Pressemitteilung

Plan zur Schulöffnung ist Selbstverpflichtung der Staatsregierung

Dresden, 5. Januar 2021. Am heutigen Dienstag hat Kultusminister Christian Piwarz die Eckpunkte des Fahrplanes zur Schulöffnung nach dem 18. Januar 2021 vorgestellt. Der LandesSchülerRat Sachsen (LSR) hält den Plan für sinnvoll, verweist aber auf Probleme im Detail.

Nach Vorstellung des Kultusministeriums sollen die sächsischen Schülerinnen und Schüler zunächst zwei weitere Wochen im reinen Distanzunterricht verbringen, ab dem 25. Januar soll Präsenzunterricht wieder teilweise ermöglicht werden. Schülerinnen und Schüler der Abschlussklassen hingegen erhalten bereits ab dem 18. Januar Präsenzunterricht in geteilten Klassen im Wechselmodell.

Der LSR hält die Entscheidung, den Distanzunterricht um zwei weitere Wochen zu verlängern, für akzeptabel. Die Vorsitzende des LSR Joanna KESICKA dazu: „Präsenzunterricht lässt sich aus unserer Sicht nicht durch Online-Lernen ersetzen. Die Öffnung der Schulen, auch für ein Wechselmodell, setzen aber voraus, dass die Infektionszahlen in Sachsen sinken. Genau das ist aktuell aber nicht der Fall, sie bewegen sich noch immer auf dem Niveau von Ende November. Vor diesem Hintergrund sind die um zwei Wochen verlängerten Schulschließungen nachvollziehbar, auch wenn sie die Zeit des anstrengenden Online-Lernens weiter ausdehnen.“, so KESICKA. „Die Schülerinnen und Schüler verlassen sich ab jetzt auf die Ankündigung, dass ab Februar tatsächlich flächendeckend Unterricht im Wechselmodell angeboten wird. Damit dies möglich wird, muss die Staatsregierung aber auch in anderen Bereichen mit ihren Corona-Maßnahmen erfolgreich sein, um die Infektionszahlen zu senken. Die Ankündigung des Wechselmodells ist auch eine Selbstverpflichtung: die Staatsregierung muss die Corona-Lage außerhalb der Schulen endlich in den Griff bekommen, und die Schulaufsicht muss sicherstellen, dass alle Schulen entsprechende Konzepte und Planungen bis Anfang Februar erarbeitet haben. Dass die gegebenen Versprechen zuletzt nicht immer gehalten wurden, mussten die Schülerinnen und Schüler bereits in der ersten Schulwoche des neuen Jahres wieder erfahren, als LernSax erneut von Störungen und Ausfällen betroffen war. Für das Wechselmodell und für den Online-Unterricht wird die Plattform weiterhin dringend gebraucht, und für die nächsten Wochen im Januar erst Recht, so dass hier Abhilfe geschaffen werden muss.“

Positiv bewertet der LSR, dass Sonderregeln für die Abschlussklassen gelten: „Jene Schülerinnen und Schüler, die bald Prüfungen schreiben, brauchen die bestmögliche Prüfungsvorbereitung. In vielen Fällen geht das nicht ohne Präsenzunterricht. Deswegen ist es richtig, direkt ab 18. Januar Präsenzformate unter Beachtung der Infektionsschutzmaßnahmen in den sonst noch leeren Schulen stattfinden zu lassen. Dass es zudem ein Testkonzept geben wird, gibt den Schülerinnen und Schülern weitere Sicherheit – auch wenn wir uns im Nachhinein die Frage stellen,

warum so etwas im Dezember noch nicht möglich war. Grundsätzlich ist dieser Weg aber zu begrüßen“, so Joanna KESICKA weiter.

Die Teilung der Winterferien in zwei Teile, ab 31. Januar sowie im April, hält der LSR für nachvollziehbar. KESICKA dazu: „Es wird kein Wegstreichen von Ferientagen geben, wie es im Laufe des Tages in der Presse diskutiert wurde. Diese Entscheidung begrüßen wir, einer Reduktion der Ferientage standen wir kritisch gegenüber, und haben dies dem Kultusministerium auch vermittelt, viele andere Verbände taten dies ebenso. Die Verlegung der zweiten Woche ist aus unserer Sicht hinnehmbar, sie bietet die Chance, bis zum Ende des Schuljahres eine Woche mehr Präsenzunterricht sicherzustellen, wenn die erste Februarwoche statt Onlinelernen zur Ferienzeit wird, und danach das Wechselmodell startet.“ Gleichzeitig warnt der LSR vor Nebeneffekten. KESICKA: „Die Winterferien sind der Halbjahreswechsel für die meisten Schüler, damit verbunden ist der Notenschluss und das Ausstellen von Halbjahresinformationen bzw. Zeugnissen. Die Vorverlegung darf nicht dazu führen, dass unter den Lehrerinnen und Lehrern Notenpanik ausbricht und eilig noch Leistungserhebungen eingeschoben werden. Sicherheitshalber sollte die sechste Kalenderwoche noch dem ersten Schulhalbjahr zugerechnet, die Zeugnisausgabe verlegt und Notenerhebungen auch am letzten Schultag vor den Ferien ermöglicht werden, damit bisher angekündigte Test und Klausuren an den bis dato geplanten Terminen geschrieben werden können“, so die Vorsitzende des LSR, Joanna KESICKA.

Zudem weist der LSR auf den generellen, nach wie vor unverändert hohen Notendruck bei Schülerinnen und Schülern hin: „Je länger Distanzlernen und Wechselmodelle andauern, desto gewichtiger wird auch die Frage nach den Bewertungen. Hier sollte eine Lösung für alle Klassenstufen gefunden werden. Die Verringerung der Klausurenanzahl in der Sekundarstufe II wäre ein Anfang, aber auch für jüngere Klassenstufen muss für das zweite Schulhalbjahr eine Lösung gefunden werden“, so KESICKA abschließend.